



Jahresbericht Kenia 2017

Im März 2017 sprachen sich Amnesty International und Human Rights Watch gegen die von den Behörden beschlossene Schließung des Flüchtlingscamps Dadaab, dem größten Flüchtlingscamp der Welt, aus. Der Großteil der Bewohner des Camps, insgesamt 250.000 Personen, stammt aus Somalia. Die kenianischen Behörden und der UNHCR betreiben ein „freiwilliges“ Rückkehrprogramm für die somalischen Flüchtlinge. Nach Recherchen von Amnesty International und Human Rights Watch haben viele Betroffene jedoch nicht wirklich eine Wahl zwischen dem Betreiben des Asylverfahrens in Kenia und der Rückkehr nach Somalia. Dies ist ein Verstoß gegen das Non-refoulement-Gebot aus Art. 3 der UN-Antifolterkonvention. Demnach darf eine Person nicht in einen Staat ausgewiesen, abgeschoben oder ausgeliefert werden, wenn stichhaltige Gründe für die Annahme bestehen, dass sie dort Gefahr liefe, gefoltert zu werden.

Am 8. August 2017 fanden Wahlen in Kenia statt. 2007 war es zu massiven Ausschreitungen anlässlich der Präsidentschaftswahlen gekommen, insgesamt 1133 Personen wurden getötet, 36% davon wurden von der Polizei erschossen. Der amtierende Präsident Uhuru Kenyatta gewann die Wahl am 8. August, doch der Oppositionsführer Raila Odinga focht die Wahl an und tatsächlich erklärte das oberste Gericht die Wahl wegen Unregelmäßigkeiten für ungültig und ordnete Neuwahlen an. Die von Odinga geforderte Wahlrechtsreform wurde jedoch nicht beschlossen, woraufhin Odinga seine Kandidatur zurücknahm und zum Boykott der Neuwahlen aufrief. Es kam zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Oppositionsanhängern und der Polizei. Nach Recherchen von Amnesty International wurden mindestens 66 Personen durch die Polizei getötet (Stand: November 2017).